

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. April 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Mark 1.70 Mark, wochentags für Monat April 3 Mark ohne Postzusatzgebühren, Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pf., für auswärts 40 Pf., Anzeigenzeilen und Zettelaufträge ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 30 mm breite Zeile 20 Pf., außerhalb 25 Pf., Cifrengebühren 30 Pf., Rubrikartige Aufträge gegen Vorabzahlung.

Schreibleitung und Hausverwalter:
 Marienstraße 33/34
 Trauf und Verlag von **Kiepl & Reichardt** in Dresden
 Postfach-Nr. 1068 Dresden

Drahtschlüssel: Nachrichten Dresden
 Fernsprecher-Zammelnr.: 25 241
 Kur für Nachdruck: 20 011

Rachdruck nur mit deutscher Carllesangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Druckereie Schlichte werden nicht aufgezählt.

Londoner Liebeswerben um Aman Ullah.

Für Einschwenken in die britische Politik eine Anleihe in Aussicht genommen.

Wenig aussichtsreiche Bemühungen Chamberlains.

London, 10. April. Ueber die Besprechungen, die der afghanische König Aman Ullah in London mit Chamberlain hatte, und die zum Abschluss eines englisch-afghanischen Bündnisses geführt haben sollen, weiß „Daily Herald“ mitzuteilen, daß begründeter Anlass vorhanden sei, anzunehmen, daß während der Unterhaltungen Aman Ullahs mit Chamberlain jeder nur mögliche Versuch gemacht worden sei Aman Ullah und den ihn begleitenden afghanischen Außenminister davon zu überzeugen, daß, wenn Afghanistan in Zukunft eine Politik verfolge, die England angenehm wäre, materielle Vorteile für Afghanistan sich ergeben würden. Insbesondere werde die Emission einer Anleihe von mehreren Millionen Pfunden in London erörtert werden. Ferner sei den Afghanen erklärt worden, daß, wenn die indische Regierung sich darauf verlassen könne, daß sie Afghanistan als eine freundliche Macht im engsten Sinne dieses Wortes betrachten könne, sie die Truppen an der Nordwestgrenze Afghanistans vermindern würde. Bevor Afghanistan die Anleihe erhalten könne, müsse es jedoch durch unmissverständliche Handlungen seine Bereitschaft bezeugen, in der allgemeinen Politik gemeinsam mit England aufzutreten.

Der „Daily Herald“ weiß nichts Bestimmtes darüber anzugeben, ob Aman Ullah zu diesen englischen Vorschlägen seine Zustimmung gegeben, oder ob er sich vorbehalten hat, erst nach seiner Rückkehr nach Kabul eine Antwort zu erteilen. Worin die unmissverständlichen Handlungen“ bestehen sollen, deuten andere Londoner Blätter an, die darauf hinweisen, daß Aman Ullah seine Reise nach Moskau auf einen späteren Zeitpunkt verschieben und jetzt die Seereise nach Kabul antreten müsse. Im übrigen wird vermutet, daß Aman Ullah diesen englischen Angeboten gegenüber größte Zurückhaltung bewahrt habe, da er sich und sein Land nicht in Abhängigkeit von der englischen Politik habe bringen wollen.

Eine Operation Aman Ullahs in Berlin.

Berlin, 10. April. König Aman Ullah von Afghanistan hatte heute vormittag in afghanischer Gesandtschaft, in der er abwesend ist, längere Besprechungen mit Berliner Ärzten.

die er zur Konsultation herangezogen hat. Seiner chronischen Mandelentzündung wegen hatte er Professor v. Bergmann zur Konsultation gebeten. Die Operation des Königs wird voraussichtlich morgen in seinem Berliner Sanatorium vorgenommen werden.

Deutsch-jiamesischer Handelsvertrag.

Berlin, 10. April. Am 7. April ist in Bangkok ein Freundschafts-Handels- und Schiffsabkommensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Siam von den Bevollmächtigten beider Regierungen unterzeichnet worden. Der neue Vertrag soll an die Stelle des vorläufig deutsch-jiamesischen Wirtschaftsabkommens vom 28. Februar 1924 treten. Er gewährt beiden Staaten die Weisbegünstigung für Handel, Schifffahrt und Niederlassung, enthält eine Schiedsgerichtsklausel für die Auslegung seiner Bestimmungen und stellt die Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten auf eine gesicherte Grundlage. Der Vertrag wird am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft treten. (WZB.)

Verhaftungen von Kommunisten in Japan.

Allgemeine Entrüstung gegen Moskau.
 London, 10. April. Nach einer Meldung aus Tokio herrscht in ganz Japan große Erregung wegen der Entdeckung eines weitverbreiteten roten Komplottes gegen den Kaiser von Japan. 1013 kommunistische Agitatoren wurden verhaftet. Weiter wird berichtet, die Fäden liefen nach Feststellung der Polizei nach Moskau. Auch sei erwiesen, daß während der letzten Wahlen die Radikalen von Moskau finanziert wurden. Diese Einmischung in japanische Angelegenheiten habe im Lande einen Sturm der Empörung gegen die Kommunisten erzeugt. Die Behörden sähen die Angelegenheit als sehr ernst an.

Tokio, 10. April. Die Regierung verfügte die Auflösung der extremen Proletariatspartei „Komoto“ und zweier anderer extremer politischer Organisationen, da ihre Existenz die Sicherheit und Ordnung des Landes gefährde. (WZB.)

Vor einer Weltfriedens-Konferenz.

Grundsätzliche Einigung Paris—Washington?

Paris, 10. April. Das „Echo de Paris“ schreibt zu den Erklärungen des Staatssekretärs Kellogg, daß er keineswegs die in der französischen Note vom 27. März ausgesprochenen Vorbehalte angenommen habe. Das Blatt schreibt, die von Irland angekündigten Vorbehalte seien also umgangen und würden nicht in einer Verhandlung zu amelen, sondern in einer Verhandlung zu fehlen erörtert werden. Ueber die Einstellung Englands zu dem Wehrverzichtskriegsverzichtspakt sieht das Blatt voraus, daß in dieser Richtung zwischen London und Washington eine Verständigung erzielt werden dürfte, da die Vereinten Staaten alles Interesse daran hätten, in den lateinischen Republiken der neuen Welt Herr ihrer Handlungen zu bleiben, wie auf der anderen Seite England sehr daran gelegen sein müsse, innerhalb der Imperiums frei zu bleiben und die Möglichkeit zu behalten, jede „Politikaktion“ durchzuführen. Bei alledem könne ja im Prinzip auf den „Krieg“ als Mittel nationaler Politik verzichtet werden.

Deutschland habe alle Aussicht, in dieser ganzen Angelegenheit zu gewinnen. Wenn das Kellogg so teure System sich durchsetze, so müßte die Verteidigungslokalisation gegen einen Angreifer unter dem Zeichen von Genf oder einer anderen Aufschrift zumindest moralisch von der öffentlichen Meinung in Amerika gebilligt werden.

Das „Journal“ teilt mit, Kellogg habe noch eine Reihe ausführlicher Erklärungen verlangt, die nach Information des „Petit Parisien“ anscheinend schon gegeben worden sind. Eine grundsätzliche Einigung zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten soll nach der Pariser Presse bereits erreicht worden sein, oder zum mindesten sei man auf bestem Wege, eine solche Einigung zu erreichen. Der bisherige Noten- und Austausch werde nunmehr den übrigen Großmächten, Deutschland, England, Japan und Italien, offiziell zur Kenntnis gebracht und die genannten Mächte aufgefordert werden, offiziell an den weiteren Verhandlungen teilzunehmen. Diese Einladungen sollen nach dem „Temps“ schon in der laufenden Woche erfolgen.

Paris, 10. April. Wie die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, hat Staatssekretär Kellogg Verhandlungen über einen Schiedsgerichtsvertrag mit Finnland eingeleitet. Ueber ähnliche Verträge verhandeln die Vereinigten Staaten mit Deutschland, Japan, Dester-

reich, Ungarn, Belgien, der Tschecho-Slowakei, Polen, Litauen und Lettland. Außerdem sind Verhandlungen für Schiedsgerichtsverträge mit Portugal, Dänemark, Holland, der Schweiz, Italien, Norwegen, Spanien und Großbritannien im Gange. (Z.-U.)

Mussolinis Balkanpolitik.

Budapest, 10. April. „A Reggel“ erfährt aus Mailand, daß Ministerpräsident Bethlen trotz aller amtlichen Dementis mit Mussolini wichtige politische Beratungen gepflogen hat. Mussolini sei am 31. März in Begleitung seiner zwei Sekretäre und des Staatssekretärs des Auswärtigen, Grafen Brandl, in Mailand eingetroffen und habe schon am nächsten Tage den ungarischen Ministerpräsidenten empfangen. In den folgenden Tagen fanden zwischen Mussolini und dem griechischen und dem türkischen Außenminister Besprechungen statt. „A Reggel“ will wissen, daß in Mailand als Gegenwärtiges gegen die Kleine Entente und gegen den Einfluß Frankreichs im Donau-Becken unter italienischer Führung der Grundstein zu einem Bündnis zwischen der Türkei, Griechenland, Bulgarien und Ungarn gelegt wurde.

Pariser Sorgen über die Besprechungen in Rom.

Paris, 10. April. Die Pariser Presse schenkt den augenblicklich in Rom stattfindenden diplomatischen Besprechungen zwischen Mussolini und den ausländischen Außenministern größte Beachtung. Bei allen Behauptungen, Kommentare zu vermeiden, die die italienische Empfindlichkeit verletzen könnten, läßt sich doch eine gewisse Unruhe in Paris nicht verkennen. So belagert eine Meldung, daß die italienisch-polnische Annäherung ein Druckmittel gegenüber Jugoslawien darstelle, zumal der polnisch-jugoslawische Vertrag praktisch bedeutungslos sei. Belgrad werde zwischen der Kündigung des Vertrages und der Wiederherstellung einer freundschaftlichen Politik mit seinen Nachbarn wählen müssen. Man ist ferner der Ansicht, daß eine italienisch-polnische Verständigung auch auf die Kleine Entente einen Druck ausüben werde, die mehr oder weniger mit einer gesicherten Bedeutung Italiens in Mittel- und Osteuropa rechnen müsse. Paris soll sich sogar die Frage auf, ob die Polen nicht ein doppeltes Spiel treiben. Die diplomatische Tätigkeit des Duce verurteile als direkter Angriff gegen seine Verbündeten, die Kleine Entente, gerichtet angesehen werden.

Der sozialistische „Soir“ deutet die Verhandlungen Mussolinis dahin, daß er entweder einen Bund des internationalen Faschismus bilden, oder aber die Staaten, die Jugoslawien umgeben, neutralisieren wolle.

Warum der Cavell-Film in Holland verboten wurde.

Amsterdam, 10. April. Die holländische Filmprüfungs-Kommission, die die Aufführung des Cavell-Films für Holland verboten hat, begründet ihre Entscheidung mit folgenden Erwägungen: Der Cavell-Film könne, abgesehen von dem Rahmen, der dem Krieg entnommen sei, nicht als Anti-Kriegsfilm bezeichnet werden. Der Charakter von Miss Cavell sei unrichtig gezeichnet, wenn behauptet werde, daß sie nur aus Gutherzigkeit, um junge Leben zu retten, gehandelt habe. Sie habe sehr gut gewußt, daß die Soldaten, sobald sie über die Grenze gewesen seien, rasch wieder in die Front zurückkehren und einem sicheren Tode entgegengehen würden. Die Darstellung des Films sei um so unrichtiger, als Miss Cavell sich als britische Staatsangehörige und Pflegschwester in dem von Deutschland besetzten Gebiet schon durch ihr Amt gesichert gewußt habe. Obwohl die Deutschen in dem Film nicht unympathisch dargestellt würden, werde sich das Publikum unbedingt gegen sie entscheiden. Sie hätten in dem Film eine schlechte Rolle erhalten und würden immer den Kürzeren ziehen.

Der Film sei nicht gegen den Krieg, sondern gegen ein Volk gerichtet.

Der Film könne durch Nachrufen ganz bestimmter Ereignisse, die von vielen Deutschen, die noch heute leben, miterlebt worden seien, den eingeschlafenen Haß wieder wachrufen und die mühsame Verständigung der Völker erschüttern.

Ob die Verurteilung Miss Cavells unumgänglich notwendig oder ein Fehler gewesen ist, wird von der Kommission bestritten. Der Vorfall habe jedenfalls den Haß und die Feindschaft gegen die Deutschen außerordentlich vermehrt, und es sei vom Standpunkt der öffentlichen Moral und der guten Sitten aus das allerschärfste zu verurteilen, daß ein so peinliches Ereignis, das noch nicht der Geschichte angehört, als pikantes, zugkräftiger Film ausgenutzt werde. Aus diesem Grunde und mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Hollands, wo durch den Krieg und besonders die Cavell-Affäre seinerzeit große Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen worden seien, halte es die Kommission für ihre Pflicht, die Aufführung des Filmes in Holland zu untersagen. Wer hierin eine freundliche Geste gegenüber Deutschland sehe, der möge bedenken, daß es auch im Interesse Englands sei, eine Ausnützung des Cavell-Films zu vermeiden. Die holländische Regierung habe seit dem Jahre 1918 mit aller Energie im Interesse des eigenen Landes und der gesamten Menschheit für die Verständigung der Völker gearbeitet.

Der Cavell-Film im State New York zugelassen. Der Cavell-Film ist von der Zensur des Staates New York zur Aufführung freigegeben worden. Gefürchten wurden lediglich einige Szenen, die sich auf die Hinrichtung bezogen.

Großer Flugtag in Staaken.

Prächtiger Flugwetter brachte am Ostermontag über dem Zeppelinflughafen Staaken. So wallfahrte denn auch der größte Strom der Ausflügler hinaus, um der Eröffnung der Flugparade 1928 beizuwohnen. Die fliegerischen Leistungen waren durchweg hochwertig. Aus der Fülle des mit viel Geschick zusammengestellten großen Flugprogramms verdienen die Darbietungen von Ernülldet, Thea Rasch und Gerhard Fiedeler genannt zu werden. Jeder einzelne von ihnen ist ein Meister seines Sondergebietes. Die Piloten Raab und Birg führten mit ihrem Trumpf-Schleppzug den gewaltigen Entwicklungsflug der Luftfahrzeug vor Augen. Der aus einem Motorflugzeug und einem Anhänger bestehende FuSt.-D.-Zug läßt für die Weiterentwicklung eines wirtschaftlichen Luftverkehrs ungeahnte Möglichkeiten zu. Im Gegensatz hierzu meisterte Raab am Schluß ein Rufenstück, den historischen Bieriot-Einbender, den Tur, mit welchem der Franzose am 25. Juli 1900 als erster den Kanal zwischen Calais und Dover überquerte.

Als Vertreterinnen der Fliegerinnen konnte man bewundern Fräulein Marika Dröbeljahr aus Leipzig, die den neuen Sport, das Ballonschöpfen, vorführte, ferner die erst 21-jährige Fallschirmpilotin Frau Dr. Schröder, die bereits 23 erfolgreiche Absprünge unternahm. Die beiden für Hundstöße bestimmten Junkers-Verkehrsflugzeuge waren ununterbrochen unterwegs.

Noch kein Ausflieg der „Bremen“.

Dublin, 10. April. Der geplante Atlantikflug der „Bremen“ nach New York wird, wie gemeldet wird, heute nicht ausgesetzt, da die Wetterbedingungen in der Mitte des Atlantischen Ozeans sehr ungünstig sind. Nach den gestern abend eingetroffenen Wetterberichten herrichte über dem Atlantischen Ozean ein Gegenwind von 80 Stundenkilometer.

Aufhebung der Beschlagnahme der russischen Kirchen in Frankreich? Wie eine Pariser Nachrichtenagentur aus Moskau zu berichten weiß, soll demnächst das Sequester über die russischen Kirchen in Paris, Nizza, Cannes usw. aufgehoben werden.